

An die für Agrarpolitik Zuständigen in den Hamburger Parteien, die Verantwortlichen in den Hamburger Behörden für die Bereiche Verbraucherschutz, Umwelt, Wirtschaft insbesondere ökologischer Landbau und Stadtentwicklung sowie an die interessierte Fachöffentlichkeit

DIALOGPAPIER BIO-STADT HAMBURG

In Hamburg hat sich ein Bündnis von Verbraucher- und Umweltorganisationen zusammen gefunden, dessen Absicht es ist, im Dialog mit Politik und Verwaltung die Ideen und Ziele der Bio-Stadt Hamburg umzusetzen, zu verankern und weiter zu entwickeln.

Dazu haben sich VertreterInnen der unterzeichnenden NGOs getroffen und sowohl Ziele als auch Maßnahmen formuliert, die dazu führen sollen, dass sich die Anbaufläche, die Verarbeitung und der Handel mit Produkten aus ökologischem Landbau langfristig steigern sowie bestehende Bio-Strukturen erhalten bleiben und gestärkt werden. Die folgenden Punkte möchten wir mit AnsprechpartnerInnen aus Politik und Behörden sowie anderen Interessierten diskutieren und weiterentwickeln.

- 1. Stärkung der Bio-Nachfrage durch Förderung der Verbraucherinformation / Stärkung der Bio-Nachfrage führt zur Ausdehnung der Bio-Produktion**
- 2. Behördenübergreifende Strategien unter Einbindung von NGOs**
- 3. Bio-Lebensmittel auf Märkten und Festen in Hamburg**
- 4. Ausbau der Bio-Produktion unter Berücksichtigung der bestehenden Bio-Strukturen**

Hamburg auf dem Weg zur Bio-Stadt

Das Bündnis begrüßt ausdrücklich den Beitritt der Hansestadt Hamburg zum Netzwerk der deutschen Bio-Städte (www.biostaedte.de). Es fordert den Senat und die Behörden dazu auf, den Titel „Bio-Stadt“ mit Leben zu füllen und eine Reihe von behördenübergreifenden Aktivitäten anzustoßen, damit die Hansestadt diesen Titel zu recht mit Stolz tragen kann. Dies gilt auch für den Titel der Fair Trade Stadt Hamburg.

Bio, Fairer Handel & Solidarische Landwirtschaft zusammen denken

Vor dem Hintergrund, dass Hamburg auch Fairtrade-Town (www.fairtradestadt-hamburg.de) ist, möchten wir darauf hinwirken, dass zukünftig Fairer Handel und Bio-Landwirtschaft aus regionalem Anbau stärker zusammengedacht werden. Hierzu gehört für uns auch die Stärkung der Solidarischen Landwirtschaft als innovatives Wirtschaftsmodell, denn sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Rettung und Erhaltung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe (z.B. in den Vier- und Marschlande). Durch regionalen und saisonalen Anbau werden hier lange Transportketten und Importe vermieden. Dort wo keine regionalen Produkte produziert werden können, soll der Faire Handel und die Zusammenarbeit mit der Bio-Stadt gestärkt werden, z.B. beim Kaffee oder Kakao. Eine Trennung dieser beiden Titel ist wirtschaftlich und aus Gründen des Ressourcenschutzes nicht sinnvoll.

Mit Interesse haben die Unterzeichnenden die bisherige Entwicklung der Bio-Stadt Hamburg verfolgt und möchten auf folgende Punkte hinweisen:

1. Stärkung der Bio-Nachfrage durch Förderung der Verbraucherinformation / Stärkung der Bio-Nachfrage führt zur Ausdehnung der Bio-Produktion

Die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln hat Auswirkungen auf den Bio-Markt und damit auf die Produktion. Verbraucherinformation und -aufklärung ist das wichtigste Instrument, um Produktions- und Umstellungsanreize für die Landwirtschaft zu geben. Umstellungsförderung oder Transferleistungen jeglicher Art können eine fehlende Nachfrage nicht ausgleichen. Die in Hamburg agierenden NGOs haben eine langjährige Erfahrung in der Ansprache von Verbraucherinnen und Verbrauchern allgemein und von speziellen Zielgruppen.

Die Unterzeichnenden schlagen vor: Der Rat und die Expertise der in Hamburg seit mehreren Jahrzehnten agierenden Verbraucher- und Umweltorganisationen sollten von Parteien und den politisch Verantwortlichen wahrgenommen werden und sowohl in die Weiterentwicklung der Bio-Stadt als auch in die Weiterentwicklung der Fair Trade Stadt einfließen. Dazu braucht es ein verbindliches und transparentes Dialogformat für den regelmäßigen Austausch:

- Vertreterinnen und Vertreter der Verbraucher- und Umweltschutzverbände des Bündnisses sollen aktiv in einem zu gründenden „politik- und behördenübergreifenden Arbeitskreis Bio-Stadt“ eingebunden sein.
- Für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbraucherinformation sollte es im Rahmen der Bio-Stadt ein festes Budget geben, das im Rahmen von Ausschreibungen oder Anträgen durch Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen genutzt werden kann um Verbraucherinnen und Verbraucher über Bio- Lebensmittel und deren Herkunft zu informieren.

2. Behördenübergreifende Strategien unter Einbindung von NGOs sind gefragt

Sowohl die Ziele der Bio-Stadt als auch der Fair Trade Stadt sind nur durch die gemeinsamen Bemühungen verschiedener Behörden umzusetzen. Hier kommt erneut der Gedanke eines „politik- und behördenübergreifenden Arbeitskreis Bio-Stadt“, dem auch Aktive von Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen sowie vom Ernährungsrat Hamburg angehören, zum Tragen. Nur gemeinsam können schlüssige Konzepte - beispielsweise für die nachhaltige öffentliche Beschaffung oder das Flächenmanagement - erreicht werden.

Hier einige Beispiele, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden (z.B. Wirtschafts- Umwelt-, Stadtentwicklungs- und Justizbehörde) zu realisieren sind:

Beispiel 1_Flächenmanagement: Die Stadt Hamburg benötigt immer mehr Versiegelungs- und Ausgleichsflächen, um die städtischen Bauvorhaben zu umzusetzen. Es ist wichtig, die bestehenden Bio-Produktionsflächen und andere für den Bio-Landbau geeignete Flächen für die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und sie vor Baumaßnahmen durch eine Flächenfestschreibung zu schützen. Sonst kann das Ziel einer stadtnahen ökologischen Landwirtschaft, die Menschen mit gesundheitsförderlichen Produkten versorgt, nicht realisiert werden.

Nur ein Teil der stadteigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen wird ökologisch bewirtschaftet. Dort, wo Pachtverträge auslaufen, sollte auf den stadt- bzw. landeseigenen Flächen einer ökologischen Bewirtschaftung Vorrang eingeräumt werden.

Beispiel 2_Öffentliche Beschaffung: Die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln ist ein sehr wirksames Instrument, um neben dem Lebensmitteleinzelhandel einen zweiten Absatzkanal für ökologische Produkte zu etablieren. Neben einem Beschluss des Senates, der einen Prozentsatz an Bio-Lebensmitteln in den kommunalen Verpflegungssystemen festschreibt, bedarf es des Dialoges mit der Sozialbehörde, weil ihr die öffentlichen Kitas unterstellt sind, eines Dialoges mit der Schulbehörde, weil sie einen Mustervertrag mit den Schulverpflegungs-Unternehmen als Vorlage an die Schulen gibt und der Zusammenarbeit mit der Justizbehörde, die die Lebensmittel für die Justizvollzugsanstalten einkauft. Die Unterzeichnenden fordern die Expertise der Bio- und Verbraucherverbände mit einzubeziehen, um sicher zu stellen, dass die öffentlichen Küchen durch fachliche Beratung dahin kommen, ihre Einkaufsstrategien in Richtung Bio möglichst kostenneutral umzusetzen. Beispiele aus anderen Ländern¹ belegen, dass es für eine gelungene Umstellung der Küchen das Bemühen aller Behörden bedarf, sowie die fachliche Beratung durch Bio-Küchen- und Handelsprofis. Als gelungenes Beispiel, wie sich der öffentliche Einkauf verbindlich verändern kann, sei hier der Hamburger Rathausbeschluss genannt: Er schreibt vor, dass in der öffentlichen Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg ausschließlich fair gehandelter Kaffee einzusetzen ist. Dies sollte perspektivisch auch für regional ökologisch hergestellte Produkte durchgesetzt werden.

3. Bio-Lebensmittel auf Märkten und Festen in Hamburg

Andere Bio-Städte wie z.B. München oder Nürnberg stellen ihre Bio-Offensive sehr öffentlichkeitswirksam dar. Dafür werden bei öffentlichen Veranstaltungen (z.B. städtischen Empfängen) Bio-Lebensmittel mit Priorität eingesetzt. Zudem werden bei Märkten und Festen Bio-AnbieterInnen gute Konditionen angeboten oder sogar ein Prozent-Anteil an Bio-Produkten pro AusstellerIn vorgeschrieben. Für Feste wie den Hafengeburtstag oder den DOM sollten im Dialog mit den Umwelt- und Verbraucherverbänden Konzepte erarbeitet werden, die dazu führen, dass ökologische, faire und regionale Produkte auf diesen Festen und Märkten sichtbar sind.

4. Ausbau der Bio-Produktion unter Berücksichtigung der bestehenden Bio-Strukturen

Im Rahmen des Agrarpolitischen Konzepts 2020² spricht sich der Senat für die Stärkung der Hamburger Agrarwirtschaft und die Ausweitung des ökologischen Landbaus aus. Die beschriebene Ausweitung des ökologischen Landbaus ist nur möglich, wenn die Nachfrage nach ökologischen Produkten kontinuierlich hoch ist bzw. noch gesteigert wird.

¹ siehe Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau, BMEL, S. 69, Beispiel Kopenhagen / Dänemark
http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Zukunftsstrategie-%C3%B6kologischer-Landbau.pdf?__blob=publicationFile

² <http://www.hamburg.de/contentblob/4299736/86b8b8c3bb4e1560aadb4e964638f549/data/bwvi-anlage-agrarpolitisches-konzept.pdf>

Die Unterzeichnenden schlagen vor, dass bei allen Maßnahmen zur Ausweitung der Bio-Produktion geprüft wird, wie die regionale Vermarktung zu organisieren ist, ohne dass ein Preisverfall durch ein Überangebot entsteht und dadurch bestehende Bio-Produktions-, Handels- und Vermarktungsstrukturen gefährdet werden. Im Dialog mit den seit Jahren engagierten regionalen Bio-Pionierinnen und Pionieren sollen die Wertschöpfungsketten analysiert und Wege gesucht werden, diese zu stärken und auszubauen.

Im Koalitionsvertrag³ bekennen sich die Beteiligten zur Stärkung der Fairhandels-Aktivitäten sowie zur Ausweitung des ökologischen Landbaus in der Stadt Hamburg. Mit der Verknüpfung der oben genannten Vorhaben und Ideen und der Nutzung von Synergien zwischen Fair Trade Stadt Hamburg und Bio-Stadt Hamburg gehen wir einen wichtigen Schritt. Eine Zusammenarbeit und ein Zusammendenken von Bio-Regional-Fair kommen der lokalen Wirtschaft zugute und stärken die Bewusstseinsarbeit der Beteiligten. Wie bereits vom Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik vorgeschlagen, würde sowohl eine Fair Trade-BotschafterIn als auch eine Bio-Stadt-BotschafterIn diese Zusammenarbeit stärken und Synergien besser ausloten können. Um Hamburg zukunftsfähig zu gestalten muss Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für die Problematik der intensiven Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft viel stärker sensibilisiert werden.

Die UnterzeichnerInnen:

Die hier angesprochenen Themen können noch erweitert werden, sie sind als Anstoß für einen Dialog miteinander gedacht. Die Unterzeichnenden freuen sich über Rückmeldungen und wünschen sich einen fruchtbaren Dialog aller Beteiligten miteinander.

Alternation e. V.

Projekt Minitopia Hamburg



Agrarkoordination



Ernährungsrat Hamburg



Fair Trade Stadt Hamburg



³ <http://www.hamburg.de/contentblob/4479010/0e0dc965584486bf76aa1a974471f843/data/download-koalitionsvertrag-2015.pdf;jsessionid=691195D3E5696E6D31E2BF4FAA53DE15.liveWorker2>

Gemeinwohl-Ökonomie Hamburg



Greenpeace Hamburg



**Initiative Gentechnikfreie Metropolregion
Hamburg**



Mobile Bildung e. V.



Ökomarkt Verbraucher- und Agrarberatung e.V.



Slow Food Hamburg



SolaWi Vierlande

SolaWi Vierlande

Umwelthaus am Schüberg



Zukunftsrat Hamburg



Rückmeldungen bitte an:

**Koordination VerbraucherInnenbündnis Bio-Stadt
Hamburg**

c/o ÖKOMARKT Verbraucher- und Agrarberatung e.V.
Osterstraße 58, 20259 Hamburg
info@oekomarkt-hamburg.de

Tel: 040/65 650 42 oder Tel. 040/43 27 06 00

Fax: 040 / 657 200 20

Stand 14.2.2018